

a New International Economic Order“, den Pakistan zusammen mit der Gruppe der 77 und China im Dezember 2022 in die VN-Generalversammlung eingebracht hatten und der mit großer Mehrheit angenommen wurde. Lediglich die USA und die EU-Staaten stimmten dagegen, da sie eine stärkere Regulierung internationaler Finanzinstitutionen ablehnten.

Die Autorin konzentriert sich auf die SDGs und fragt, was die VN hinsichtlich der Berichte zu NIEO und der geforderten Gleichbehandlung von Staaten in den letzten fünfzig Jahren getan haben. Sie konstatiert, dass die SDGs trotz veränderter Rahmenbedingungen Ansätze zur globalen Entwicklungszusammenarbeit und Gleichheit der Staaten fortführen, schließlich gehe es darin auch um einen universellen Geltungsanspruch, universelle Teilhabe und Nachhaltigkeit. Sie betont bei den Gleichheitsforderungen in der NIEO die zeitlichen Bezüge, konkret die Dekolonisierung und das langlebige Erbe des Kolonialismus sowie damit verbundene Ungleichheiten. Ferner gibt sie zu bedenken, dass Solidaritätsbekenntnisse während der 1970er Jahre inzwischen von Nationalismen verdrängt wurden. Ihrer Auffassung nach beruhen die SDGs zwar nicht auf einer gemeinsamen Ideologie, etwa einer neuen Weltordnung, jedoch enthielten viele Ziele Vorschläge zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensverhältnisse. Ähnlich wie in der NIEO zählte die Verringerung von Ungleichheiten dazu. Allerdings sei die Umsetzung der SDGs bis 2030 – etwa infolge der COVID-19-Pandemie – problematisch.

Die Autorin unterstreicht, dass die SDGs für alle Staaten verbindlich sein sollen und weist daher auf die Pflicht von Industriestaaten zur Unterstützung anderer Länder hin, beispielsweise in der Armutsbekämpfung und auf die Überwindung von Ungleichheiten etwa bei Mitsprache bzw. Stimmengewicht in internationalen Finanzinstitutionen. Für einen Strukturwandel wären deshalb grundlegende Veränderungen in internationalen Institutionen und innerhalb der VN notwendig, über die zumindest inzwischen diskutiert werde.

Insgesamt bietet dieser lesenswerte Sammelband fundierte Analysen der verschiedenen Themen und Schwerpunkte. Indem er durch *open access* elektronisch zugänglich ist, können sich auch Interessierte jenseits akademischer Institutionen mit den kenntnisreichen Erläuterungen und daraus resultierenden Diskussionsimpulsen befassen.

Rita Schäfer

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i3.12>

Gargi Bhattacharyya, Adam Elliott-Cooper, Sita Balani, Kerem Nişancıoğlu, Kojo Koram, Dalia Gebrial, Nadine El-Enany & Luke de Noronha: *Empire's Endgame. Racism and the British State*. London: Pluto Press 2021, 218 Seiten (<https://doi.org/10.2307/j.ctv1g6q8z4>)

Die von Gargi Bhattacharyya und sieben weiteren Autor:innen geschriebene Intervention zeigt kompakt unterschiedliche Ebenen vom rassistischen Status Quo in Großbritannien auf. In fünf Abschnitten mit verschiedenen kurzen Untertiteln nehmen sie Rassismus in seiner aktuellsten Ausprägung unter die Lupe – und thematisieren dabei

auch die verschiedenen Trugschlüsse antirassistischer Argumentation und Praxis. Die Einordnung von Rassismus als etwas „historisch Spezifisches“ (1) verlangt laut den Autor:innen eine Analyse, welche „eine Verbindung zwischen den offenkundigsten Erscheinungsformen rassistischer Kultur [...] und den sich wandelnden Praktiken eines sicherheitsorientierten Staates, der in Zeiten unerträglicher wirtschaftlicher Unsicherheit nach Legitimität sucht“ (ebd.), aufzeigt. So erläutern die Autor:innen, dass sie an den „politischen Praktiken und Logiken, die durch Rasse wirken, die Rasse explizit oder implizit signalisieren und die Rasse in der Gegenwart herstellen und umgestalten“, interessiert sind (3). Die zentrale Frage ist hierbei „Was für einen Staat haben wir heute, und wie wird sein Programm der Grausamkeit, Vernachlässigung und Vertreibung ideologisch gerechtfertigt?“ (ebd.)

Anders als die absolute Mehrheit von hegemonialer Literatur zu Rassismus und Antirassismus, machen Bhattacharyya u.a. ihren Blickwinkel von Anfang an klar – es geht ihnen um die Verflechtung von Rassismen mit Fragen von Klasse und Einkommen. So zeigen sie die brutale Austeritätspolitik des britischen Staates auf, welche zehntausende Menschenleben auf dem Gewissen hat: „Die tragischsten Geschichten erzählen von den Auswirkungen der Leistungssanktionen als einer Form von sozialem Mord: das Abschneiden jeglicher Mittel zum Lebensunterhalt, systemische ‚Versäumnisse‘, die zu ausgemergelten Körpern, leeren Kühlschränken und Anzeichen von Selbstverletzungen führen. Die Selbstmorde.“ (9) Es wird deutlich, dass es die aktuelle Ausformung kapitalistischer Produktion ist, welche Klassen- und Rassismusfragen stark verschärfen. Die Autor:innen beschäftigen sich damit, wie eine im Endeffekt „rassistische Politik der Angst und der Vertreibung“ für den Großteil der Bevölkerung von Großbritannien so attraktiv werden konnte. Hiermit ist nicht nur die extreme Rechte gemeint, sondern alle Fraktionen der bürgerlichen Gesellschaft – von den konservativen *Tories* über die sozialdemokratische *Labour Party* bis hin zu sich selbst als antirassistisch definierenden Kreisen. Ihre Kritik formulieren sie somit an einer Vielzahl von Akteur:innen. Denn neben der offen zutage getretenen Gewalt eines Nigel Farage und der extremen Rechten mit ihren sich auf die glorreiche *Empire*-Vergangenheit berufenden Traditionalisten sind es auch liberale und linksliberale Brit:innen, welche sich eines multikulturalistischen Nützlichkeitsrassismus bedienen, ohne die ökonomisch-imperialistischen Grundlage von Flucht und Migration auch nur ansatzweise anzutasten. Gleichzeitig sei es „nicht einfach so, dass die wirtschaftlichen Gegebenheiten die rassistische Kultur bestimmen – es gibt immer Kämpfe, Verhandlungen, Rückschläge, Widersprüche und Unvorhersehbarkeiten.“ (13) Es sei das direkte Erleben der multiplen Krisen, welche „die rassistische Politik der Angst und der Vertreibung auf neue Weise“ befeuert (ebd.).

Gekommt zeigen Bhattacharyya u.a. auf, wie im Frühjahr 2018 der Skandal um die Illegalisierung und Abschiebung von karibischen Migrant:innen, welche vor 1973 als *Commonwealth*-Angehörige nach Großbritannien gekommen waren und deren Arbeitskraft in der Nachkriegszeit Großbritannien wiederaufgebaut hatte, gegen die neuen Migrant:innen ausgespielt wurde (24). Letztere galten in der öffentlichen Meinung als britischer Sozialgelder (bspw. aus dem maroden staatlichen *National Health Service*)

unwürdig. In diese Unterscheidung von Wertigkeit und Verdienstbarkeit reihten sich sogar anti-rassistische und linke Stimmen ein, indem suggeriert wurde, dass die Abschiebung genau dieser Großelterngeneration ja besonders verheerend sei (25).

Des Weiteren diskutiert das Buch die grassierende Messergewalt unter urbanen Jugendlichen. Hier habe die Verbindung von Messergewalt und Schwarzen Jugendlichen der Arbeitsklasse („black on black crime“) für besonders viele Schlagzeilen gesorgt und die Polizeipraxis sowie die Rechtsprechung nachdrücklich beeinflusst. Die erhöhte Polizeiüberwachung und tägliche Repression in Arbeitervierteln mit einer hohen Konzentration von karibischen, afrikanischen und südasiatischen Familien war dabei nicht zufällig. Es seien „die Gebiete, die am stärksten von der Polizei überwacht werden und in denen es in der Vergangenheit zu Konfrontationen zwischen der Polizei und Schwarzen Jugendlichen gekommen ist“ (32). Auch verdeutlichen die Autor:innen, die mehrheitlich weiße Mittelschicht habe vor allem Angst davor, dass „Schwarze Kriminalität“ aus den städtischen Enklaven heraus migriere und sich „wie ein Virus in ahnungslose Teile des Landes“ ausbreite (33). Es seien vor allem Schwarze Jugendliche und junge Männer in bestimmten Arbeiterklassenachbarschaften, welche „stark polizeilich überwacht, immer wieder angehalten und durchsucht, oft gedemütigt und von der Polizei mit Verachtung behandelt“ würden (35). Auf diese Weise werde ein besonders „kriminelles Problem“ einer besonders „kriminellen Bevölkerungsgruppe“ zugeschrieben (ebd.), wobei die sehr ungleiche Anwendung von Repressionsmaßnahmen für verschiedene Arten von Gewaltverbrechen – je nach Rassifizierung und Klassenhintergrund der Täter:innen – herausstechen. So seien neue „prä-kriminelle, post-kriminelle und extra-kriminelle“ Kontrollformen entstanden, welche als Präventionsmaßnahmen zu „Messerkriminalität“ fungieren sollen (37). Dabei würden ganze Musikgenres – wie Drill – kriminalisiert und Künstler, denen keine Straftat nachgewiesen werden könne, als Terroristen gebrandmarkt und auch legal verfolgt (39). Hinzu kommen Maßnahmen gegen junge Menschen im Umfeld von ausgemachten Gangs, etwa Ausgangssperren und Beschränkungen, wohin man gehen darf oder mit wem man sich treffen darf, und sogar Einschränkungen bei der Nutzung sozialer Medien. Diese Maßnahmen sollen dazu dienen, dass Rivalitäten zwischen Gangs nicht eskalieren (36). Doch sie richten sich gegen Menschen, denen keine Straftat nachgewiesen wurde: Es reicht, ein Angehöriger oder ein Schulfreund eines verurteilten Gangmitglieds zu sein. Somit werden ganze Kieze, Freundesgruppen und Musikfans stigmatisiert und kriminalisiert. Einem Teil der Arbeiterklasse – überproportional jungen Schwarzen Männern – werde somit das „Recht auf Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit im öffentlichen Raum und die Unschuldsvermutung“ außer Kraft gesetzt (35). Sollte es dann zu einem Gewaltverbrechen kommen, können angebliche Gang-Mitglieder auch ohne Beteiligung an der Straftat nur aus dem Grund, kurz zuvor mit dem Täter:innen zusammen in Auto gesessen zu haben, zu hohen Haftstrafen verurteilt werden (45). Hinzu kommt der Entzug der britischen Staatsbürgerschaft bei besonders harten Fällen, bei denen die nationale Sicherheit als gefährdet gilt – wie beim Missbrauch von Minderjährigen sowie bei Fällen von Terrorverdacht (bspw. im Fall von Shamima Begum, welche 2015 als Minderjährige nach Syrien gereist war, um sich dem sogenannten Islamischen Staat

anzuschließen, und der daraufhin 2019 die britische Staatsangehörigkeit – sie hatte nur diese – aberkannt wurde).

Erfrischend ist der Abschnitt zu „Progressivem Patriotismus“, da hier liberale und auch links-liberale antirassistische Argumente beleuchtet werden (68ff). Durch die Brille eines neuen multikulturellen Großbritanniens, werden bestimmte Bevölkerungsgruppen, die schon seit mehreren Generationen in Großbritannien leben, gegen neu Zugewanderte und insbesondere gegen illegalisierte Migration ausgespielt. Für Rassismus gebe es im multikulturellem Hegemon Großbritannien keinen Platz, und jeder könne die meritokratische Leiter erklimmen, welcher sich zum britischen Staat, seiner Monarchie und seinen Regeln bekenne (lies: Demokratie, Frauenrechte, Adelsrechte etc. für und nur für die Bürger der britischen Nation) – so dieses progressiv-patriotische Mantra. Auf diese Weise haben Sektoren des britischen Bürgertums und Adels die Konnotation der britischen Geschichte und ihre Symbolik – wie das der britischen Fahne – zu einer freiheitlich-progressiven Erfolgsgeschichte verklärt – nationalistische Gefühle, die vor allem in der Labour Party und in Teilen der Linken tief verankert sind. Eine gute Zusammenfassung hiervon ist die Antwort eines linken Brexit-Gegners bei der BBC zu den möglichen Konsequenzen des EU-Austritts: „Wenn wir die Migration stoppen, wer wird uns dann unseren Kaffee servieren [...]?“ (73) In dieser Antwort, so kritisieren die Autor:innen, gehe es nicht um eine real progressive Agenda, sondern um die Sicherung des britischen Wohlstandes auf dem Rücken von billiger Arbeitskraft – und sei diese aus dem Ausland.

Leider besprechen die Autor:innen die materiellen Grundlagen dieser rassistischer Debatten nicht ausreichend. Denn „black on black crime“ und Messergewalt unter Jugendlichen der Arbeiterklasse sind keine Fantasie. Es gibt in Großbritannien tatsächlich Schwarze Jugendgangs, die reale Morde verüben; die Gewalt unter Jugendlichen nimmt zu und endet immer häufiger tödlich. Als Sozialist:innen hätten die Autor:innen die Aufgabe, diese Formen von Gewalt zu erklären statt nur die rassistischen Konsequenzen zu beleuchten. Gleiches gilt für einige andere Beispiele, bei denen die Autor:innen lediglich den medialen Umgang mit Verbrechen, die real von (wenn auch kleinen) Teilen der migrantischen Bevölkerung verübt wurden, kritisieren, aber nicht ansatzweise nach Erklärungen suchen. Hier sei auf die sogenannten „Pakistani grooming gangs“ verwiesen – Gruppen von meist britischen Männern, pakistanischer Herkunft, welche Mädchen und junge Frauen über Jahre in Netzwerken missbrauchten (113ff). Lediglich den rassistischen Umgang der Medien mit solchen Formen der Gewalt zu beleuchten und auf eine allgemeine Islamophobie zu verweisen, erklärt noch nicht, wie es zu solchen Netzwerken kommen konnte und warum ausgerechnet muslimisch-pakistanische Männer mehrheitlich hieran beteiligt waren.

Auch machen die Autor:innen die dem rassistischen Status Quo zugrundeliegenden Produktions- und Klassenverhältnisse nicht ausreichend deutlich – selbst wenn sie die Austärtpolitik ansprechen. Die aktuelle Rolle des britischen Imperialismus bei der Herausbildung bestimmter Formen von Rassismusverhältnissen bleibt so schleierhaft. Hinzu kommt die sehr vage Vorstellung einer multiethnischen Allianz gegen Rassismus und staatliche Gewalt – eine schöne Idee, aber ohne politisch-materielle Grundlagen und ohne irgendeine Diskussion einer Klassenperspektive.

Zwar greifen die Autor:innen die individualisierten Rituale weißer Aktivist:innen an, welche über Privilegienreflexion zu Antirassismus beitragen wollen, und stellen gemeinsame Kämpfe wieder in den Vordergrund (196f), jedoch geraten die letzten Seiten zu einem abstrakten Aufruf zu einer abolitionistischen Praxis, welche die Grundlage für einen sozialistischen Antirassismus darstellen soll (199). Was Sozialismus für die Autor:innen bedeutet, ob zu seiner Durchsetzung die Mobilisierung allein der Arbeiterklasse reicht oder die Mobilisierung aller Sektoren der bürgerlichen Gesellschaft notwendig ist, ob diese Arbeiterklasse von politischen Organisationen wie sozialistischen Parteien angeführt werden soll, welche Rolle Internationalismus spielt usw., bleibt völlig offen.

Auf 218 Seiten haben Bhattacharyya u.a. ein leicht lesbares Buch geschrieben, welches wütend macht und gleichzeitig einem deutschsprachigem Publikum aufzeigt, dass es noch viel schlimmer kommen kann als hierzulande – und das ganz ohne AfD, sondern mit konservativer und sozialdemokratischer Regierung.

Eleonora Roldán Mendivil

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i3.13>

Olumide Femi Makanjuola & Jude Dibia (Hg.): *Love Offers No Safety. Nigeria's Queer Men Speak*. Abuja & London: Cassava Republic Press 2023, 129 Seiten

Zehn Jahre nach dem Inkrafttreten des *Same Sex Marriage Prohibition Acts* (SSMPA), der auf die bereits drakonische koloniale Strafgesetzgebung gegen Homosexualität und damit verbundene Haftstrafen in Nigeria aufbaut, ermöglicht dieser Sammelband mit Selbstzeugnissen erstmals einen umfassenden Überblick über die verstärkte Homophobie und den Umgang damit durch Betroffene. Er enthält 25 Berichte von Männern verschiedener Herkunft und Religion aus unterschiedlichen Landesteilen.

Die meisten sind zwischen 20 und 45 Jahre alt; sie hatten sich nach einem digitalen Aufruf zur Mitwirkung am Buch gemeldet. Ältere Homosexuelle reagierten nicht, möglicherweise weil der Aufruf über relativ neue *social-media*-Kanäle verbreitet wurde. Alle Beteiligten entschieden selbst, ob ihre Berichte unter ihrem realen Vornamen oder unter einem Pseudonym veröffentlicht werden sollten. Zum Schutz vor Verfolgung wurde kein einziger Familienname genannt. Nur die zwei Herausgeber treten mit ihren vollständigen Namen auf, allerdings lebt Jude Dibia nach persönlichen Bedrohungen seit einigen Jahren in Schweden. Olumide Femi Makanjuola arbeitet als Wirtschaftsexperte und mit internationalen Preisen ausgezeichnete Aktivist für sexuelle Minderheitenrechte weiterhin in Nigeria. Internationale Bekanntheit bietet – so hoffen namhafte Aktivist*innen vor Ort – etwas Schutz. Schließlich stellen nigerianische Medien einzelne bekannte Schwule als glamouröse *celebrities* vor und positionieren sie damit jenseits der nigerianischen Gesellschaft.

Demgegenüber möchte der Sammelband die Vielfalt queerer Lebensformen von Männern in Nigeria dokumentieren. Gleichzeitig versteht er sich als ermutigender Reflexionsimpuls für sexuelle Minderheiten, die idealerweise anhand der vorgestellten Biographien Bezüge zu ihrem eigenen Leben herstellen können und so in ihrem durch Hassgewalt oft erschütterten Selbstwertgefühl gestärkt werden. Der